

16. August 2008, 00:55 Uhr

VON BIRGER NICOLAI

DHL: US-Senatoren verlangen Machtwort von Merkel

Amerikaner warnen Bundeskanzlerin in einem Brief vor Folgen der Abbaupläne der Post-Tochter in Wilmington

Hamburg/Wilmington - Der Streit um den Rückzug der Post-Tochter DHL vom amerikanischen Frachtflughafen Wilmington eskaliert. In einem scharf formulierten Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) fordern die Senatoren des Bundesstaates Ohio sowie zwölf Kongressabgeordnete die Regierungschefin auf, sich persönlich einzuschalten und DHL zu einer Kooperation mit der US-Region zu veranlassen. Deutschland ist über die Bankengruppe KfW größter Anteilseigentümer der Post.

Anderenfalls könnten die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen schweren Schaden nehmen, heißt es in dem Brief. Auch könnte die Unterstützung der Amerikaner für Wirtschaftsabkommen etwa zum freien Flugverkehr zwischen den USA und Europa oder für ausländische Investitionen in Nordamerika schwinden. "Eine derart abweisende Behandlung von solch einem wichtigen deutschen Unternehmen wird in den USA nicht so schnell vergessen werden", schreiben die Politiker. Der Brief liegt der WELT vor. Die Deutsche Post bestätigte die Existenz des Schreibens.

Die Post-Tochter DHL will den Flughafen Wilmington aufgeben und in Zukunft dem Rivalen United Parcel Service (UPS) alle Frachtflüge für Nordamerika übergeben. Dadurch könnten in Wilmington 8200 Mitarbeiter bei den Fluggesellschaften ABX Air und Astar Air Cargo ihre Jobs verlieren. DHL ist der wichtigste Auftraggeber für diese Firmen und an Astar mit 49 Prozent beteiligt. Der Flughafen selbst gehört sogar DHL. Wilmington mit rund 12 000 Einwohnern lebt fast ausschließlich von diesem Arbeitgeber. DHL will in noch 2008 mit der Verlagerung hin zu UPS und an dessen Standort im Nachbarstaat Kentucky beginnen. Der Großteil erfolgt dann im Laufe des Jahres 2009.

In den USA haben bereits die Präsidentschaftskandidaten Barack Obama und John McCain den Streit um Wilmington zum Wahlkampthema gemacht. McCain hat Postchef Frank Appel öffentlich aufgefordert, in die USA zu reisen. Ohio gilt für die Präsidentschaftswahl als einer der entscheidenden Bundesstaaten, weil die Kandidaten hier in der Gunst der Wähler noch gleichauf liegen. Auch sonst beschäftigt das Thema die Öffentlichkeit. In Videos im Internet wird etwa eine Rede von Charlie Chaplin aus dem Film "Der große Diktator" dazu verwendet, die Pläne von Post-Chef Frank Appel lächerlich zu machen.

Die US-Politiker Obama und McCain verlangen eine intensive Prüfung der Pläne von DHL durch US-Behörden. Möglicherweise könnte die beabsichtigte Zusammenarbeit der Post-Tochter mit UPS gegen amerikanische Kartellbestimmungen verstoßen. Bereits für den 16. September hat nach Informationen des Branchendienstes "CEP Research" der US-Kongress einen Anhörungstermin angesetzt. Ob dazu auch Post-Chef Appel vorgeladen wird, ist offen.

Rund 400 Mio. Dollar öffentlicher Gelder aus den USA sind in den Ausbau des Flughafens Wilmington geflossen. Politiker wie auch Gewerkschaften fordern die Post auf, die Schließungspläne zurückzunehmen und mit den Firmen ABX und Astar neu zu verhandeln. Wenigstens aber müsse die Post-Tochter umfangreiche Unterstützungen dafür anbieten, den Flughafen umzubauen und Arbeit für die Beschäftigten zu finden.

"Es gibt keine Alternative zu der geplanten Restrukturierung. Wir müssen die Situation beenden, dass wir in Wilmington an jedem Tag fünf Millionen Dollar Verlust machen", sagte Post-Konzernsprecher Manfred Harnischfeger. Eine Verzögerung könne noch mehr Jobs gefährden. Post-Chef Appel habe eine Managementgruppe eingesetzt, die Hilfen für die betroffenen Beschäftigten organisieren soll. Erst wenn konkrete Maßnahmen gefunden seien, werde Appel nach Wilmington reisen. Zudem könne die US-Kartellbehörde den Fall erst prüfen, wenn ein Vertragsabschluss mit UPS vorliege.

"Wir sehen in dem Brief der Senatoren eine unsachgemäße Dramatisierung. Da werden Dinge in einen Zusammenhang gestellt, die nichts miteinander zu tun haben", sagte Harnischfeger. Wenn ein amerikanisches Unternehmen in Deutschland Jobs abbaue, gebe es solche Protestmaßnahmen nicht.